

Beschlussempfehlung und Bericht**des Finanzausschusses****Staatshaushaltsplan 2007/2008
Einzelplan 02: Staatsministerium****Beschlussempfehlung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Kap. 0201 – Staatsministerium

		2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR
Tit. 422 01	statt	7.469,1	7.469,1
	zu setzen	7.669,9	7.671,8

und die Erläuterung entsprechend zu ändern

sowie im Stellenteil – Stellenplan für Beamte

a) Planstellen für Beamte

1. Ministerium

		2007 Stellen	2008 Stellen
Bes. Gr. A 16 Ministerialrat			
statt		20,0	20,0
	kw 31.12.2009	*0,0	*0,0
zu setzen		21,0	21,0
	kw 31.12.2009	*0,0	*0,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	*1,0	*1,0

Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor

statt	27,0	27,0
zu setzen	29,0	29,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	*2,0

und den Veränderungsnachweis entsprechend anzupassen;

- Tit. Gr. 71 Satz 3 des Haushaltsvermerks wie folgt zu fassen:
„Die Titelgruppen 71, 72, 73, 75 und 76 sind gegenseitig deckungsfähig.“
- Tit. Gr. 72 Satz 3 des Haushaltsvermerks wie folgt zu fassen:
„Die Titelgruppen 71, 72, 73, 75 und 76 sind gegenseitig deckungsfähig.“
- Tit. Gr. 73 Satz 3 des Haushaltsvermerks wie folgt zu fassen:
„Die Titelgruppen 71, 72, 73, 75 und 76 sind gegenseitig deckungsfähig.“
- Tit. Gr. 75 Satz 3 des Haushaltsvermerks wie folgt zu fassen:
„Die Titelgruppen 71, 72, 73, 75 und 76 sind gegenseitig deckungsfähig.“

Neu aufzunehmen:

- „Tit. Gr. 76 Aufwand für Föderalismusreform II
Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Titelgruppen 71, 72, 73, 75 und 76 sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für die Verpflichtung von Sachverständigen sowie Kosten von Konferenzen, Anhörungen u. a. für die Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen zur Unterstützung des Ministerpräsidenten in seiner Funktion als Vorsitzender der Föderalismuskommission II, die die Aufgabe hat, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu entwickeln.

		2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR
Tit. 427 76	Sonst. Beschäftigungsentgelte	0,0	0,0
Tit. 526 76	Kosten für Sachverständige	60,0	60,0
	Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für Gutachten, sachverständige Beratungen u. dgl.		
Tit. 546 76	Sonstiger Sachaufwand	40,0	40,0
	Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Druckkosten und Sachkosten von Podiumsdiskussionen, Kolloquien, Anhörungen und Symposien sowie Kosten für Berichte und Dokumentationen.“		

im Übrigen Kapitel 0201 zuzustimmen.

2. Kap. 0202 – Allgemeine Bewilligungen

zuzustimmen.

3. Kap. 0203 – Staatsgerichtshof

zuzustimmen.

4. Kap. 0204 – Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

		2007 Tsd. EUR	2008 Tsd. EUR
Tit. 422 01	statt	1.305,1	1.305,1
	zu setzen	1.376,7	1.377,4

und die Erläuterung entsprechend zu ändern

sowie im Stellenteil – Stellenplan für Beamte

a) Planstellen für Beamte

1. Landesvertretung

		2007 Stellen	2008 Stellen
Bes. Gr. A 16 Ministerialrat			
statt		4,0	4,0
	kw	*1,0	*1,0
zu setzen		5,0	5,0
	kw	*1,0	*1,0
	kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	*1,0	*1,0

und den Veränderungsnachweis entsprechend anzupassen;

im Übrigen Kapitel 0204 zuzustimmen.

5. Kap. 0205 – Landeszentrale für politische Bildung

zuzustimmen.

6. Kap. 0208 – Führungsakademie Baden-Württemberg

zuzustimmen.

17./25.01.2007

Der Berichterstatter:
Dr. Nils Schmid

Der Vorsitzende:
Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss hat den Einzelplan 02 – Staatsministerium in seiner 6. und 10. Sitzung am 17. und 25. Januar 2007 beraten. Miteinbezogen wurden die Ansätze für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, die im Einzelplan 12 bei Kapitel 1212 Titel 531 03 veranschlagt sind, sowie für die Filmförderung, die im Einzelplan 14 bei Kapitel 1478 Titel 685 66C und 685 91 veranschlagt sind.

Zur Beratung des Einzelplans 02 wurde im Finanzausschuss der Änderungsantrag 02/1 eingebracht, der bei der Restberatung durch den diesem Ausschussbericht als Anlage beigefügten Änderungsantrag 02/1 (mod.) ersetzt wurde. Der zur Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung eingebrachte Änderungsantrag 12/1 ist dem Bericht über die Beratung des Einzelplans 12 auf Drucksache 14/812 als Anlage angeschlossen.

Der Ausschussvorsitzende stellt zu Beginn der Etatberatungen fest, dass bei allen Einzelplänen immer auch die Stellenpläne und die produktorientierten Informationen mit aufgerufen sind.

Anschließend führt der Berichterstatter aus, mit einem Zuschussbedarf von rund 40 Millionen € sei der Einzelplan 02 – Staatsministerium – zusammen mit dem Einzelplan 01 – Landtag – und dem Einzelplan 11 – Rechnungshof – betragsmäßig und von der Zahl der Stellen her einer der kleinen Einzelpläne des Staatshaushaltsplans. Er umfasse die Mittel und Stellen des Staatsministeriums selbst, der Landesvertretungen in Berlin und Brüssel, der Landeszentrale für politische Bildung, der Führungsakademie und des Staatsgerichtshofs.

Nach den Abschlusszahlen blieben im Jahr 2007 die Personalausgaben mit rund 23,6 Millionen € in etwa gleich hoch. Die sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhten sich wegen einiger Einzelprojekte um rund 600 000 €. Die Ansätze für Zuweisungen und Zuschüsse gingen um rund 400 000 € zurück. Darüber hinaus sei eine globale Minderausgabe in Höhe von 710 000 € im Jahr 2007 und 1,3 Millionen € im Jahr 2008 veranschlagt. Diese Einsparvorgabe sei vom Staatsministerium innerhalb der Mittel für Sachausgaben umzusetzen.

Das Kapitel 0201 – Staatsministerium – sei das größte Kapitel des Einzelplans 02. Den größten Teil des Kapitels 0201 machten Personalausgaben aus. Aber auch die sächlichen Verwaltungsausgaben stiegen um etwas mehr als 500 000 €. Ursächlich hierfür seien insbesondere ein höherer Ansatz in Titel 514 01 – Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl. – durch eine Anpassung an das Ist des Jahres 2006, eine Erhöhung des Ansatzes in Titel 527 01 – Dienstreisen – sowie in Titelgruppe 71 ein Mehr für wissenschaftliche Beratung, vor allem für die jährliche Analyse „Baden-Württemberg – Trends und Fakten“; die 80 000 € für die Erstellung der Analyse würden in voller Höhe an das Statistische Landesamt weitergereicht.

Neu eingerichtet sei die Titelgruppe 72 – Zur Beratung der Landesregierung in Fragen des demografischen Wandels und der Seniorenpolitik – mit einem Ansatz von je 100 000 €. Hierzu sei anzumerken, dass der vormalige Staatsrat, dem ein anderer Tätigkeitsbereich oblegen habe, keine eigene Titelgruppe für sich in Anspruch genommen habe.

Die neue Titelgruppe 73 wende sich dem Aufwand für Bürokratieabbau zu. Hierfür seien Kosten von jeweils 200 000 € veranschlagt.

Im Übrigen seien die Titelansätze in Kapitel 0201 eingefroren.

In Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen – handle es sich schwerpunktmäßig um Personalausgaben und Versorgungsausgaben sowie um Zuweisungen und Zuschüsse.

Die Ausgaben für Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung würden im Zusammenhang mit der deutschen EU-Präsidentschaft im Jahr 2007 erhöht, im Jahr 2008 aber wieder etwas zurückgenommen.

In Titelgruppe 66 seien die Zuschüsse an die Medien- und Filmgesellschaft, was die Kooperation des Landes mit SAT.1/Pro Sieben anbelange, gestrichen worden. Verrechnet mit der notwendigen Erhöhung der Mittel für die MFG-Gesellschaftsbeiträge, verringere sich der Gesamtansatz um ca. 300 000 €.

Die Sachkosten bei der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union reduzierten sich.

Der in Titelgruppe 79 etatisierte „Dynamische Europapool“ werde zur Einhaltung des Sachausgabenlimits ebenfalls mit Kürzungen bedacht.

In Titelgruppe 80 sei vorgesehen, die Zuschüsse zur Förderung der Popmusik deutlich zu erhöhen. Ursachen hierfür seien das Auslaufen der Erstfinanzierung aus Mitteln der Zukunftsoffensive III und die Verbesserung der allgemeinen Finanzausstattung der Akademie. An diesem Beispiel werde die problematische Konstruktion der Landesstiftung deutlich, die dazu führe, dass nach Auslaufen von Projektfinanzierungen die Anfrage gestellt werde, ob das Vorhaben aus dem ordentlichen Haushalt weiterfinanziert werden könne. Das aufgezeigte Beispiel sei nicht der einzige Punkt im Haushalt, an dem diese Problematik zum Tragen komme.

In diesem Zusammenhang bitte er die Landesregierung, einen ressortübergreifenden Überblick darüber zu bieten, in welchen Punkten das Auslaufen von Erstfinanzierungen aus Mitteln der Zukunftsoffensive III zu einer Anschlussfinanzierung über den ordentlichen Haushalt geführt habe. Dies wäre zur Einschätzung der Gesamtkonstruktion ganz wichtig.

Das Kapitel 0203 – Staatsgerichtshof – habe einen Umfang von knapp 30 000 €.

Das Kapitel 0204 – Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union – habe ein Gesamtvolumen von rund 5 Millionen €. Der Schwerpunkt entfalle hierbei auf Personalausgaben. Zu berücksichtigen sei, dass hier auch die Aufwendungen für den gemeinsamen Beobachter der Länder bei der Europäischen Union mit veranschlagt würden.

Das Kapitel 0205 – Landeszentrale für politische Bildung – ändere sich im Volumen und im Zuschussbedarf nicht gravierend. Mit 3,3 Millionen € nehme der Personalkostenblock auch in diesem Kapitel den größten Anteil ein.

Die in Kapitel 0208 etatisierte Führungsakademie Baden-Württemberg habe in den Jahren 2007 und 2008 einen Zuschussbedarf von je 1,15 Millionen €.

Im Stellenteil reduziere sich die Zahl der Stellen gegenüber 2006 um drei auf insgesamt 322,5 Stellen. Gestrichen werde eine Referentenstelle für die Betreuung des Ministerpräsidenten a. D. Teufel. Außerdem würden Stellenabgänge aufgrund des Stellenstreichungsprogramms nach § 2 des Staatshaushaltsgesetzes vollzogen.

Festzustellen seien auch Stellenzugänge. Besonders bemerkenswert sei neben der Zuarbeit für die Staatsrätin für demografischen Wandel und Senioren eine zusätzliche Fahrerstelle. Im Berichterstattergespräch habe er sich davon überzeugen lassen, dass diese zusätzliche Fahrerstelle nicht dazu diene, dass der Ministerpräsident noch mehr „durchs Land fährt“, sondern aus Gründen der Verkehrssicherheit unumgänglich sei, um eine weiterhin sichere Fahrweise aller Fahrzeuge zu gewährleisten und die Einhaltung der Ruhezeiten der Fahrer sicherzustellen.

Bei der Landesvertretung in Berlin würden aufgrund der Stelleneinsparungen im Jahr 2006 1,5 Stellen gestrichen. Per saldo weise die Landesvertretung in Berlin jedoch einen Stellenzuwachs auf, weil dort ein Zugang von 2,5 Stellen im Bereich des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union veranschlagt werde; diese Maßnahme gehe auf eine Stellungnahme des Rechnungshofs zurück und diene der Haushaltsklarheit.

Im Stellenplan zu Kapitel 0205 – Landeszentrale für politische Bildung – sei im Zuge des Stellenabbaus die Streichung einer Stelle notwendig geworden.

Auf Nachfrage eines Abgeordneten der Fraktion der CDU schlägt der Vorsitzende vor, die Berichte zu den Bereichen „Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg“ – Kapitel 1212 – und „Filmförderung“ – Kapitel 1478 – im Anschluss an die Behandlung des Einzelplans 02 zu hören.

Der Ausschuss erklärt sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Kapitel 0201 – Staatsministerium

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU beantragt, Ziffer 1 des Änderungsantrags 02/1 zu den Resten zu stellen.

Ziffer 1 des Antrags 02/1 wird einvernehmlich zu den Resten zurückgestellt.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE fragt, ob die im Zuge der Föderalismuskommission II notwendig werdenden Stellen nicht aus dem Haushalt des Bundesrats finanziert werden könnten.

Der Ministerpräsident dankt dem Abgeordneten der Fraktion der SPD für die kompetente Berichterstattung und legt dar, im Rahmen der anstehenden Föderalismusreform II würden für die Leitung einer Geschäftsstelle sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Deutschen Bundesrat zusätzliche Beamte benötigt. Diese Geschäftsstelle werde vorwiegend verwaltend und organisatorisch tätig sein und nicht im notwendigen Umfang fachlich-strategische und inhaltliche Arbeit leisten.

Mit dem Kovorsitz in der Föderalismuskommission sei für das Land auch die Interessenwahrnehmung Baden-Württembergs verbunden. Auch andere Bundesländer bildeten derzeit aus Anlass der Föderalismusreform Arbeitsgruppen, die sich aus bestehendem Personal und aus Personal, das auf Zeit gewonnen werde, zusammensetzten. Diese Länder benötigten auch zusätzliche Sachmittel, um wissenschaftliche Gutachten einzuholen, um die Reisekosten für Finanzwirtschaftler zu decken usw. Auch Baden-Württemberg müsse zur Wahrung der eigenen Interessen personell entsprechend aufgestellt sein. Dies spiegele sich in dem Antrag 02/1 wider.

Da der Schwerpunkt seiner Arbeitszeit weiterhin in Stuttgart sein werde, werde auch die Bündelung der Aufgaben und die fachliche Steuerung weiterhin schwerpunktmäßig in Stuttgart stattfinden. Daher sei auch die vorgesehene Einrichtung einer Stabsstelle in Stuttgart sinnvoll.

Er sei, wenn dies gewünscht werde, gerne bereit, regelmäßig im Kreis der Fraktionsvorsitzenden des Landtags über die Arbeit der Landesregierung in der Föderalismuskommission zu berichten und sei offen für deren Ratschläge.

Kapitel 0201 wird mit Ausnahme des zu den Resten verwiesenen Titels 422 01 sowie der Titelgruppen 71, 72, 73, 75 und 76 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD bemerkt, der Erläuterung zu Titel 541 02 – Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung – zufolge erfolge eine Erhöhung des Mittelansatzes vor allem wegen der für das Jahr 2007 geplanten Veranstaltungen im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Allerdings liege der Mittelansatz für das Jahr 2008 immer noch deutlich über den Ansätzen der Vergangenheit.

Er bittet um Auskunft, welche Veranstaltungen im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft geplant seien, ob dies originär von Baden-Württemberg aus organisierte Veranstaltungen seien oder Veranstaltungen, die von der Bundesregierung initiiert würden und an die sich das Land anähänge.

Ferner fragt er, weshalb für das Jahr 2008 ein Mittelansatz von 850 000 € für Repräsentationsverpflichtungen für erforderlich gehalten werde.

Der Ministerpräsident trägt vor, die Landesregierung habe im Jahr 2007 eine Fülle von hochrangigen Repräsentationsverpflichtungen wahrzunehmen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sei hierbei ein wesentlicher Faktor. Unter anderem fänden in Baden-Württemberg Tagungen der EU-Bildungsminister, der EU-Sportminister und von EU-Wirtschaftskammern statt.

Erfreulich sei, dass der aus Baden-Württemberg stammende Bundespräsident häufig das Land besuche. Auch in Zukunft werde jede Gelegenheit zur Durchführung einer auswärtigen Veranstaltung des Bundespräsidenten in Baden-Württemberg genutzt.

Mitglieder der Bundesregierung nähmen auswärtige Termine tendenziell häufiger in den Ländern wahr, deren Regierung der gleichen Partei angehöre. Während der frühere Bundeskanzler Schröder häufig die Rhein-Ruhr-Region besucht habe, besuchten Bundeskanzlerin Dr. Merkel und die der CDU angehörenden Bundesminister gerne Baden-Württemberg, etwa um Staatsgästen hiesige Wirtschafts-

und Wissenschaftseinrichtungen zu zeigen. Die Möglichkeit, Baden-Württemberg auf diesem Weg zu präsentieren, liege ausdrücklich im Interesse des Landes und solle verstärkt genutzt werden.

Die aufgezeigten Beispiele verdeutlichten, weshalb sich die Ausgaben für Repräsentationsverpflichtungen des Landes zwangsläufig etwas erhöhen.

Anschließend bringt der Abgeordnete der Fraktion der SPD vor, in Titel 685 80 werde die Problematik der Fortfinanzierung von auslaufenden Erstfinanzierungen der Zukunftsoffensive III über den ordentlichen Haushalt deutlich.

Er bittet das Finanzministerium um Auflistung, in welchen Einzelplänen und welchen Titeln der ordentliche Haushalt eine Fortfinanzierung von Projekten der Zukunftsoffensive III gewährleiste, wenn möglich auch für vergangene Haushalte. Er merkt an, er sei bereit, eine gewisse Wartezeit bis zur Vorlage der Aufstellung in Kauf zu nehmen.

Der Finanzminister erklärt, das Finanzministerium werde versuchen, hierzu einen Überblick zu geben. Dies sei allerdings mit einem gewissen Zeitaufwand verbunden. Zu beachten sei ferner, dass einige Entscheidungen in diesem Bereich erst in der Zukunft fielen.

Kapitel 0202 wird mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0203 einstimmig genehmigt.

Kapitel 0204 wird mit Ausnahme des zu den Resten verwiesenen Titels 422 01 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0205 einstimmig genehmigt.

Kapitel 0208 – Führungsakademie Baden-Württemberg

Ein anderer Abgeordneter der Fraktion der SPD trägt vor, seine Fraktion werde Kapitel 0208 ablehnen. Dies liege jedoch nicht darin begründet, dass seine Fraktion das Institut einer Führungsakademie bzw. die von ihr angebotene Weiterbildung nicht für notwendig hielte. Vielmehr halte seine Fraktion die Organisationsform der Führungsakademie Baden-Württemberg für überholt. Weiterqualifizierung sollte, wie das in weiten Bereichen der Wirtschaft und anderen Institutionen der Fall sei, berufsbegleitend organisiert werden, ohne sich den „Luxus“ einer ganzjährigen Freistellung von Mitarbeitern zu erlauben.

Kapitel 0208 mehrheitlich genehmigt.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU führt als Berichterstatter zum Einzelplan 12 aus, in Kapitel 1212 Titel 531 03 seien die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg etatisiert. Finanziert würden hieraus unter anderem die Werbe- und Sympathiekampagne für Baden-Württemberg und die Heimattage Baden-Württemberg. Mit jeweils rund 4,6 Millionen € in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 werde der Haushaltsansatz des Jahres 2006 fortgeschrieben. Der Haushaltsansatz liege deutlich unter dem Niveau des Jahres 1999, als die Kampagne mit einer Ausstattung von 7,6 Millionen € gestartet sei. Seither seien auch in diesem Haushaltstitel Beiträge zur Konsolidierung des Haushalts erbracht worden. Seit 2002 sei der Etat für die Werbekampagne um 38 % von 7,6 Millionen € auf 4,7 Millionen € gesunken.

Die Werbe- und Sympathiekampagne für Baden-Württemberg sei sehr erfolgreich. Als einziges Land in der Bundesrepublik lasse Baden-Württemberg die Erfolge seiner Werbekampagne regelmäßig überprüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung seien durchweg positiv. Baden-Württemberg benötige auch weiterhin diese Dachkampagne, um im Wettbewerb der Regionen und Länder langfristig bestehen zu können.

Abschließend betont er, in den Haushaltsansätzen für 2007 und 2008 seien auch die Kosten für die Durchführung der Heimattage in Eppingen im Jahr 2007 und in Ulm im Jahr 2008 mit je 155 000 € veranschlagt.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE bemerkt, die in dem Antrag 12/1 beabsichtigte Absenkung des Haushaltsansatzes in Titel 531 03 für das Jahr 2007 um 4,605 Millionen € sei haushaltsrechtlich nicht möglich, weil Verpflichtungser-

mächtigungen aus Vorjahren dem entgegenstünden. Eine Absenkung für das Jahr 2008 wäre haushaltsrechtlich nur möglich, wenn gleichzeitig die Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2008 entsprechend abgesenkt würden.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD merkt an, seine Fraktion habe die Werbe- und Sympathiekampagne für Baden-Württemberg von Anfang an abgelehnt und sei daher auch nicht verantwortlich für die Bindungen, die die Landesregierung in diesem Zusammenhang eingegangen sei.

Das Ende der Imagekampagne des Landes sei überfällig. Das Image Baden-Württembergs werde durch eine gute Politik nach außen vertreten und nicht durch Kampagnen.

Die SPD-Fraktion halte den Antrag 12/1 aufrecht.

Der Ministerpräsident weist darauf hin, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg seien in den letzten Jahren schon deutlich gekürzt worden.

Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln würden sinnvolle Projekte wie die Heimattage Baden-Württemberg, die in ihrer Neukonzeption im letzten Jahr in Wertheim mit gutem Erfolg durchgeführt worden seien, das Musikfestival „Arena of Pop“ in Mannheim oder einmalige Veranstaltungen wie der Empfang des Landes im Rahmen der Turn-WM finanziert. Würden die hierfür veranschlagten Mittel in Titel 531 03 gestrichen, müsste die Landesregierung derartige sinnvolle Projekte, die mit Sicherheit nicht generell abzulehnen seien, verteilt auf viele Einzelpositionen im Haushalt vorschlagen.

Der Abgeordnete der Fraktion GRÜNE beantragt, die Verpflichtungsermächtigungen in Titel 531 03 für die Jahre 2009 und 2010 zu streichen, und bemerkt, damit solle die Vorbelegung des Titels mit „Langläuferkampagnen“ beseitigt werden.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU merkt dazu an, die vom Abgeordneten der Fraktion GRÜNE beantragte Streichung von Verpflichtungsermächtigungen sei zwar haushaltsrechtlich möglich, verhindere aber die Kontinuität und Fortsetzung der unterstützten Projekte wie etwa der Heimattage Baden-Württemberg.

Der Abgeordnete der Fraktion GRÜNE erwidert, die vorgesehenen Ausgaben für die Heimattage Baden-Württemberg beliefen sich auf lediglich 155 000 €. Die Mittel für deren zukünftige Durchführung könnten auch über den laufenden Haushalt etatisiert werden; Verpflichtungsermächtigungen seien hierfür nicht erforderlich.

Der Abgeordnete der Fraktion der CDU entgegnet, die Heimattage Baden-Württemberg seien nur beispielhaft genannt für die zahlreichen Veranstaltungen, die mit Mitteln aus dem angesprochenen Haushaltstitel gefördert würden.

Ein anderer Abgeordneter der Fraktion der CDU bemerkt, die Oppositionsfraktionen sollten ihre seit Jahren vorgebrachte Kritik an der Werbe- und Sympathiekampagne des Landes einmal in einem konsistenten Antrag zum nächsten Doppelhaushalt vorbringen. Die hierzu vorliegenden Anträge der Oppositionsfraktionen würden von seiner Fraktion beide abgelehnt.

Mehrheitlich lehnt der Ausschuss den Antrag 12/1 ab.

Mehrheitlich lehnt der Ausschuss den von einem Abgeordneten der Fraktion GRÜNE mündlich vorgetragenen Antrag zu Titel 531 03 ab.

Den in Kapitel 1212 Titel 531 03 ausgebrachten Ansätzen wird mehrheitlich zugestimmt.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU trägt als Berichterstatter zu Kapitel 1478 vor, dem Staatsministerium stünden im Einzelplan des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Kapitel 1478 Mittel für die Filmförderung zur Verfügung. In Titel 685 66c seien die Mittel für die Filmakademie Baden-Württemberg und für die Deutsch-Französische Filmakademie etatisiert. Bei der Mittelausstattung seien gegenüber dem Jahr 2006 Steigerungsraten von jeweils ca. 1,2 % für die Jahre 2007 und 2008 vorgesehen. Die Mittelerhöhung betrage rund 125 000 Euro pro Jahr. Die Mittelansätze betrügen somit 10,584 Millionen € für das Jahr 2007 und 10,711 Millionen € für das Jahr 2008.

Ferner werde dem Staatsministerium aus dem Titel 685 91 – Sonstige Zuschüsse zur Förderung der Kunst – ein Teilbetrag zur Förderung von Filmfestivals zuge-

wiesen. Gefördert würden aus diesen Mitteln die Film- und Medienfestival GmbH, die Französischen Filmtage Tübingen-Stuttgart, der „Stuttgarter Filmwinter“, das Internationale TV- und Werbefilmfestival „spotlight“ in Friedrichshafen und die Veranstaltung „Media Space“ in Stuttgart. Die bereitzustellenden Mittel entstammten dem Wettmittelfonds. Der Mittelansatz sei gegenüber dem Haushalt 2006 unverändert.

Den in Kapitel 1478 Titel 685 66c und 685 91 ausgebrachten Ansätzen wird einstimmig zugestimmt.

Bei der Resteberatung in der 10. Sitzung des Finanzausschusses am 25. Januar 2007 stimmt der Ausschuss dem Antrag 02/1 (mod.) im Ganzen einstimmig zu. Damit sind alle zurückgestellten Titel und Titelgruppen des Einzelplans 02 in der Fassung dieses Änderungsantrags beschlossen.

26.01.2007

Dr. Nils Schmid

Landtag von Baden-Württemberg

02/1 (mod.)

14. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

der Fraktion der SPD

der Fraktion GRÜNE

der Fraktion der FDP/DVP

LANDTAG B-W
23. JAN. 2007 19:50

Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007/08

Der Landtag wolle beschließen,

1. Einzelplan 02 - Staatsministerium**1.1 Kap. 0201 - Ministerium**

1.1.1 Tit. 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten

S. 6

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
statt	7.469,1	7.469,1
zu setzen	7.669,9	7.671,8
	(+ 200,8)	(+ 202,7)

und die Erläuterungen entsprechend zu ändern.

- 2 -

1.1.2 Tit. 422 01 Stellenplan für Beamte

1. Ministerium

Haushaltsvermerk unverändert.

S. 79

Bes.Gr. A 16

Ministerialrat

	2007	2008
statt	20,0	20,0
kw 31.12.2009	* 0,0	* 0,0
zu setzen	21,0	21,0
kw 31.12.2009	* 0,0	* 0,0
kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	* 1,0	* 1,0
	(+ 1 kw)	(+ 1 kw)

Bes.Gr. A 15

Regierungsdirektor

	2007	2008
statt	27,0	27,0
zu setzen	29,0	29,0
kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	* 2,0	* 2,0
	(+ 2 kw)	(+ 2 kw)

und den Veränderungsnachweis entsprechend zu ändern.

- 3 -

1.1.3 Neu aufzunehmen:

S. 17

Tit.Gr. 76 Aufwand für Föderalismusreform II

Haushaltsvermerk:

"Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Titelgruppen 71, 72, 73, 75 und 76 sind gegenseitig deckungsfähig.
Ersätze fließen den Mitteln zu."

Die Haushaltsvermerke bei den Titelgruppen 71, 72, 73 und 75 hinsichtlich der gegenseitigen Deckungsfähigkeit sind um die Titelgruppe 76 zu erweitern.

Erläuterung:

"Veranschlagt sind Mittel für die Verpflichtung von Sachverständigen sowie Kosten von Konferenzen, Anhörungen u.a. für die Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen zur Unterstützung des Ministerpräsidenten in seiner Funktion als Vorsitzender der Föderalismuskommission II, die die Aufgabe hat, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu entwickeln."

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
427 76 Sonst. Beschäftigungsentgelte	0,0	0,0
526 76 Kosten für Sachverständige	60,0	60,0
mit folgenden Erläuterungen: "Veranschlagt sind Mittel für Gutachten, sachverständige Beratungen u. dgl."		

546 76 Sonstiger Sachaufwand	40,0	40,0
------------------------------	------	------

mit folgenden Erläuterungen: "Veranschlagt sind insbesondere Druckkosten und Sachkosten von Podiumsdiskussionen, Kolloquien, Anhörungen und Symposien sowie Kosten für Berichte und Dokumentationen."

- 4 -

1.2 Kap. 0204 -Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

1.2.1 Tit. 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten

S. 38

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
statt	1.305,1	1.305,1
zu setzen	1.376,7	1.377,4
	(+ 71,6)	(+ 72,3)

und die Erläuterungen entsprechend zu ändern.

1.2.2 Tit. 422 01 Stellenplan für Beamte
1. Landesvertretung
 Haushaltsvermerk unverändert.

S. 86

Bes.Gr. A 16 Ministerialrat

	2007	2008
statt	4,0	4,0
kw	* 1,0	* 1,0
zu setzen	5,0	5,0
kw	* 1,0	* 1,0
kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	* 1,0	* 1,0
	(+ 1 kw)	(+ 1 kw)

und den Veränderungsnachweis entsprechend zu ändern.

- 5 -

2. Einzelplan 06 - Finanzministerium**Kap. 0601 - Ministerium****2.1 Tit. 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten****S. 8**

	2007	2008
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
statt	12 500,0	12 500,0
zu setzen	12 620,8	12 622,0
	(+ 120,8)	(+ 122,0)

und die Erläuterungen entsprechend zu ändern.

2.2 Tit. 422 01 Stellenplan für Beamte**S. 149****1. Ministerium**

Haushaltsvermerk unverändert.

Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor

	2007	2008
statt	39,0	39,0
zu setzen	40,0	40,0
kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	1,0	1,0
	(+ 1 kw)	(+ 1 kw)

Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat

	2007	2008
statt	21,0	21,0
zu setzen	22,0	22,0
kw mit Wegfall der Aufgabe Föderalismusreform II	1,0	1,0
	(+ 1 kw)	(+ 1 kw)

und den Veränderungsnachweis entsprechend zu ändern.

- 6 -

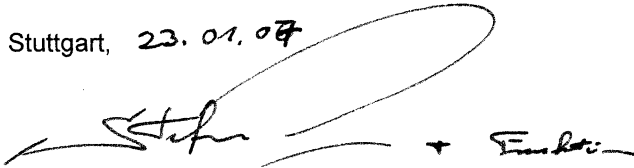
3. Staatshaushaltsgesetz 2007/08

S. 6

In § 3 wird nach Absatz 15 angefügt:

"(16) Die bei Kap. 0101, 0201, 0204, 0404 Tit. 422 01 (2. Schulpsychologische Beratungsstellen) und 0601 im Stellenplan ausgewiesene Neustellen sind sofort besetzbar."

Stuttgart, 23. 01. 07



Stefan Mappus und Fraktion



Ute Vogt und Fraktion



Winfried Kretschmann und Fraktion



Dr. Ulrich Noll und Fraktion

- 7 -

Begründung:

Im Rahmen der anstehenden Föderalismusreform II werden beim Staatsministerium und beim Finanzministerium in erheblichem Umfang zusätzliche Aufgaben anfallen.

Die Föderalismuskommission II hat die Aufgabe, Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu entwickeln. Diese sollen den veränderten Rahmenbedingungen inner- und außerhalb Deutschlands im Hinblick auf die Erfordernisse einer Politik für Wachstum und Beschäftigung angepasst werden. Ziel ist dabei eine Stärkung der Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften und ihrer aufgabenadäquaten Finanzausstattung. Zusammen mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Struck, leitet Ministerpräsident Günther H. Oettinger die Kommission. Der Sachverstand in den Ressorts muss durch Erkenntnisse aus der finanzwissenschaftlichen, finanzverfassungsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Forschung ergänzt werden.